

Regierungsratsbeschluss

vom 1. Juli 2008

Nr. 2008/1212

Staatsanwaltschaft: Konzept zur Optimierung der Organisationsstrukturen Kenntnisnahme vom Bericht der Arbeitsgruppe

1. Ausgangslage

Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 6. November 2007 (RRB 2007/1860) eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Konzepts für die Optimierung der Organisationsstrukturen der Staatsanwaltschaft eingesetzt. Die Leitung oblag dem Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern. Im Rahmen der Erarbeitung des Konzepts wurde die Arbeitsgruppe beauftragt, basierend auf der bereits vorgenommenen Organisationsüberprüfung, dem Regierungsrat bis vor den Sommerferien 2008

- konkrete Massnahmen
- einen Umsetzungsplan sowie
- Aussagen über die dafür notwendigen Ressourcen

vorzulegen. Der Schlussbericht der Arbeitsgruppe wurde dem Departement zu Händen des Regierungsrates am 16. Juni 2008 zugestellt.

2. Erwägungen

2.1 Empfehlungen der Arbeitsgruppe

Der Bericht postuliert neben der Einführung von neuen Führungsinstrumenten und der Bildung von Kompetenzzentren für das Strassenverkehrsrecht und das übrige Verwaltungsstrafrecht eine Erhöhung der Personaldotation um insgesamt 10.3 Pensen. Die aktuelle Unterdotierung resultiert in erster Linie auf einer massiv gestiegenen Geschäftslast. Sie wird durch einen interkantonalen Vergleich bestätigt. Die Erhöhung der Pensen steht jedoch auch im Zusammenhang mit den steigenden Anforderungen an die Strafverfolgung in Folge der Einführung der Eidgenössischen Strafprozessordnung.

2.2 Kosten der empfohlenen Massnahmen

Die weitere Projektbegleitung, der Abbau von Pendenzen sowie die Arbeiten zur Einführung der Eidgenössischen Strafprozessordnung sind mit Kosten von 1.172 Mio. Franken verbunden. Nach der Einführung der Eidgenössischen Strafprozessordnung führen die vorgeschlagenen Massnahmen gegenüber heute zu jährlichen Mehrkosten von 1.466 Mio. Franken.

2.3 Zeitlicher Rahmen der Umsetzung

Soweit die Massnahmen nicht im Zusammenhang mit der Einführung der Eidgenössischen Strafprozessordnung (1. Januar 2010) stehen, sollen sie möglichst rasch umgesetzt werden.

2.4 Zuständigkeit der Genehmigung der Massnahmen

Neben der Genehmigung des Voranschlages für die Staatsanwaltschaft obliegt dem Kantonsrat gemäss § 74 des Gesetzes über die Gerichtsorganisation vom 13. März 1977 (GO, BGS 125.12) die Bestimmung der Anzahl Staatsanwälte. Ein entsprechender Bericht und Entwurf soll dem Kantonsrat nach den Sommerferien 2008 unterbreitet werden.

3. Beschluss

3.1 Die Anträge der Arbeitsgruppe werden zur Kenntnis genommen.

3.2 Das Bau- und Justizdepartement wird mit der Ausarbeitung von Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat beauftragt.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilagen

- Organisationsüberprüfung Staatsanwaltschaft; Phase II, Konzept zur Umsetzung des Expertenberichts des KPM, Bericht der Arbeitsgruppe an den Regierungsrat vom 10. Juni 2008
- Zusammenstellung Bedarf Personalausbau vom 22. April 2008

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Staatsanwaltschaft (2)
Amt für Finanzen
Kantonale Finanzkontrolle
Personalamt
Mitglieder Arbeitsgruppe (8; Versand durch Bau- und Justizdepartement)
Aktuarin der Justizkommission
Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, Schanzeneckstrasse 1, Postfach
8573, CH-3001 Bern
Medien (jae)